



## BESCHLUSS

aus der Niederschrift über die 4. Sitzung - Wahlperiode 2020/2025 -  
des Rates vom 16.03.2021

---

### Öffentlicher Teil

3) Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021

113-2020/2025  
und 1. Ergänzung

Beratungsverlauf:

Ratsmitglied Wahlenberg führt aus, dass die CDU-Fraktion dem vorgelegten Etatentwurf zustimmen werde. Die nunmehr entfallende Stelle einer Digitalisierungsfachkraft führe zu einer erheblichen finanziellen Verbesserung; gleichwohl könne die Digitalisierung erfolgreich vorangetrieben werden. Wünschenswert seien hier interkommunale Lösungen oder auch die Vergabe entsprechender Dienstleistungen. Steigende Personalaufwendungen müssten stets detailliert hinterfragt werden, um sie beurteilen zu können. Niedrige Zuwachsquoten alleine müssten nicht zwingend ein positives Signal sein, denn diese könnten auch ein Indikator für sinkende Qualität sein. Regelmäßig müsse eine Verwaltung die wahrgenommenen Aufgaben einer Aufgabenkritik unterziehen. Begrüßt werde die Erstellung eines Personalentwicklungskonzeptes sowie die vorgesehene Einstellung einer Fachkraft für die Planung, Umsetzung und Begleitung der aus dem „Masterplan Wohnen“ resultierenden Maßnahmen. Die im Entwurf vorgesehene Kreditermächtigung werde mitgetragen, da es sich ausschließlich um rentierliche Schulden handele; anders verhalte es sich mit unrentierlichen Schulden wie zum Beispiel für den Bau eines Schwimmbades. Kritisch werden die zu erwartenden Entwicklungen der Jahresergebnisse, des Eigenkapitals sowie die Infrastrukturaufwendungen zur Entwicklung des Energie- und Gewerbeparks Elmpt beurteilt. Zahlreiche vorgesehene Investitionen würden die Sicherheit und die Lebensbedingungen in der Gemeinde verbessern. Für eine solide und weitsichtige Finanzplanung sei es sinnvoll, vorsorglich Mittel einzuplanen, die gegebenenfalls für unerwartete Aufwendungen verwandt werden könnten.

Ratsmitglied Degenhardt teilt mit, dass auch die Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion dem Haushaltsentwurf zustimmen werde. Die Corona-Pandemie werde sich nicht nur negativ auf die finanzielle Lage der Privatwirtschaft, sondern ebenso auf die des Gemeindehaushaltes auswirken. Vergleichbare Erträge wie in den Vorjahren seien aus Grundstücksverkäufen nicht zu erwarten. Aus ökologischer Sicht seien die sechs Windkraftanlagen auf Gemeindegebiet höchst erfreulich, wenngleich sie Niederkrüchten ökonomisch keine Vorteile brächten. Die Ausstattung gemeindeeigener Dächer mit Solaranlagen werde ausdrücklich begrüßt, und es bestünde noch viel Potential für ähnliche Projekte. Die erwartete Ansiedlung eines Logistikzentrums im Energie- und Gewerbepark Elmpt hingegen sei eine ökologische Katastrophe, die ökonomischen Auswirkungen blieben abzuwarten und die Höhe der Aufwendungen für die dort zu schaffende Infrastruktur einschließlich neuer Kläranlage werde kritisch beobachtet. Der Erhalt des Freibades hingegen sei mit moderner Technik, bürgerschaftlichem Engagement und politischem Willen möglich und absolut wünschenswert. Die Bewegung beim innerörtlichen Wohnungsbau werde positiv beurteilt. Bei kleineren wie größeren Bauprojekten oder auch dem gemeindlichen Mobilitätskonzept sei es wichtig, insbesondere ökologische Ziele zu verfolgen, um hierdurch die Lebensqualität zu steigern. Auch die notwendige Digitalisierung der Gemeinde Niederkrüchten trage hierzu bei.

Ratsmitglied Mankau führt aus, dass aufgrund eines unausgeglichene Haushaltes sowie sinkender Eigenkapitalstände in den folgenden Jahren die Handlungsspielräume enger würden. Gleichwohl müssten große Aufgaben bewältigt werden. Mit den bevorstehenden Gewerbeansiedlungen im Energie- und Gewerbepark Elmpt seien die Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze, steigende Steuereinnahmen sowie die Stärkung der stationären Handels- und Dienstleistungsbetriebe, jedoch auch neue, mit Wachstum einhergehende Herausforderungen zu erwarten. Wichtig sei, dass dem demographischen Wandel mit dem Bau bedürfnisgerechter Wohnungen und personeller Aufstockung im Bereich der Senioren- und Pflegeberatung Rechnung getragen werde. Die geplanten Kreditaufnahmen seien rentierlich und würden daher mitgetragen. Bedauert werde, dass die Stelle einer Digitalisierungsfachkraft aus dem Stellenplan genommen worden sei. Begrüßt werden hingegen ausdrücklich Aufwendungen für die Feuerwehr sowie für die Erstellung eines Mobilitätskonzeptes. Der Bau und Betrieb eines Bades stelle eine gewaltige Herausforderung dar. Die SPD-Fraktion werde dem Entwurf der Haushaltssatzung zustimmen.

Ratsmitglied Gumbel führt aus, dass durch das NKF-COVID-19-Isolierungsgesetz das im Haushaltsentwurf ausgewiesene Defizit bilanztechnisch in die Zukunft verschoben

würde. Das Entfallen der Stelle einer Digitalisierungsfachkraft werde bedauert. Die Digitalisierung in der Verwaltung und den Schulen müsse gleichwohl vorangetrieben werden; insofern müssten intensiv alternative Möglichkeiten wie z. B. eine diesbezügliche interkommunale Zusammenarbeit oder die Vergabe entsprechender Dienstleistungen erörtert werden. Die mit dem Masterplan Wohnen einhergehende Stellenplanveränderung und die veranschlagte Kreditaufnahme würden mitgetragen. Die aktuelle Bewegung im Prozess um die Errichtung des Energie- und Gewerbestands Elmt werde höchst positiv bewertet; dies gelte insbesondere für die Ausgliederung eines Teilstücks für regionalen gewerblichen Bedarf. Die Investitionen in die Ausstattung der Löschzüge, die Digitalisierung der Schulen, den Ausbau der Kindertageseinrichtungen, die Erstellung eines Mobilitätskonzeptes und die damit einhergehenden Verbesserungen der Schulwegsicherheit sowie des Rad- und Wirtschaftswegenetzes und die stabilen Realsteuern würden begrüßt. Die FDP-Fraktion spreche sich ausdrücklich für die Errichtung eines interkommunalen Bades aus und werde dem Haushaltsentwurf zustimmen.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 mit ihren Anlagen wird entsprechend dem vorliegenden Entwurf beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Stimmenthaltung(en)